

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

12. Sitzung
am Mittwoch, dem 28. Mai 1997, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Döring (SPD)

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Torsten Geerds (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

in Vertretung von Dr. Gabriele Kötschau

Fehlende Abgeordnete

Wolfgang Baasch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Meinhard Füllner (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Weitere Anwesende

Tagesordnung:		Seite
1.	Entschließung zur Gründung der "Euroregion Schleswig" Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/563	4
2.	Schaffung einer Nordseekooperation Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/652	5
3.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDUDrucksache 14/476	6
4.	Entschließung zur Wirtschafts- und Währungsunion Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNENDrucksache 14/700 Änderungsantrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/730 hierzu: Innerstaatliches Verfahren für die Einhaltung der Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen LandtagesUmdruck 14/760	7
5.	Kriminalitätsbekämpfung auf europäischer Ebene unter Wahrung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNENDrucksache 14/705 Änderungsantrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/734	9
6.	Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Döring, eröffnet die Sitzung um 10:10 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entschließung der Gründung der "Euroregion Schleswig"

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/563 (überwiesen am 12. März 1997)

Der Vorsitzende eröffnet die Aussprache mit dem Hinweis, daß seit der letzten Beratungsrunde die Diskussion an der Grenze weitergegangen und der Einigungsprozeß auch in bezug auf die neue Namensgebung "Region Schleswig/Sjnderjylland" fortgeschritten sei.

Der Antragsteller, Abg. Jost de Jager, begrüßt die neue Namensgebung und spricht die Hoffnung aus, daß in Dänemark kurzfristig die letzten Vorbehalte ausgeräumt werden mögen. Er tritt dafür ein, die zweite Lesung des Antrages in der 14. Tagung des Landtages durchzuführen.

Abg. Saxe und Abg. Matthiessen erheben keine Einwendungen und betonen, daß es ihnen aufgrund der Entwicklung möglich geworden sei, den Antrag mitzutragen.

Beschluß:

Einstimmig wird dem Antrag in der vorgelegten Fassung mit der Maßgabe zugestimmt, daß der Name in "Region Schleswig/Sjnderjylland" geändert wird.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Schaffung einer Nordseekooperation

Antrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/652(überwiesen am 24. April 1997 an den Wirtschaftsausschuß und den Europaausschuß)

Der Ausschuß schließt sich dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses an, der einstimmige Annahme bei Streichung des Absatzes 2 empfiehlt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 14/476 (überwiesen am 20. Februar 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß und den Europaausschuß)

Es wird Einverständnis erzielt, an der vom federführenden Innen- und Rechtsausschuß vorgeschlagenen gemeinsamen Anhörung am Donnerstag, dem 4. September 1997, teilzunehmen.

Dem Vorschlag des Abg. Saxe, auch die Europa-Union zu hören, stimmt der Ausschuß zu.

Des weiteren einigt sich der Ausschuß darauf, den Innen- und Rechtsausschuß um eine Liste der Anzuhörenden zu bitten, um diese dann kurzfristig - innerhalb einer Woche - aus europapolitischer Sicht zu ergänzen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entschließung zur Wirtschafts- und Währungsunion

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNENDrucksache 14/700Änderungsantrag der Fraktion der CDUDrucksache 14/730

hierzu: Innerstaatliches Verfahren für die Einhaltung der Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen LandtagesUmdruck 14/760

(überwiesen am 15. Mai 1997 an den Europaausschuß, den Finanzausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Der Vorsitzende weist auf den inzwischen verteilten Umdruck 14/760 hin.

Die Ausschußmitglieder stimmen dem Vorschlag des Abg. Saxe zu, eine Anhörung zu Fragen nach dem Stand der Umsetzung und den Problemen und Perspektiven der Wirtschafts- und Währungsunion durchzuführen.

Einstimmig werden benannt:

1. die Landesregierung,
2. die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände
3. der Sparkassen- und Giroverband
4. die Landeszentralbank
5. die Europa-Union
6. die IHK
7. der DGB und
8. der Bundesminister der Finanzen in Bonn.

Um eine Ausuferung und Generalisierung der Thematik bei der Anhörung zu vermeiden, einigen sich die Ausschußmitglieder darauf, zunächst fraktionsintern einen Aufgabenkatalog bis zum 10. Juni 1997 zu erstellen, diesen dann von der Ausschußgeschäftsführerin zusammenstellen zu lassen und anschließend während der 14. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages unter den europapolitischen Sprechern der Fraktionen abstimmen zu lassen.

Anschließend erläutert Landtagsdirektor Dr. Schöning kurz den Umdruck 14/760 und betont, daß LP den Entschließungsentwurf wegen des gebotenen Sachzusammenhangs dem Europaausschuß federführend übersandt habe, während er davon ausgehe, daß der Innen- und Rechtsausschuß die rechtliche Problematik behandeln sollte. Das Ergebnis der Konferenz der Präsidenten der deutschen Landesparlamente vom 2. Juni 1997 werde dem Ausschuß nach Abschluß der Konferenz mit der dann verabschiedeten Entschließung übersandt werden und könnte dann in die weitere Beratung mit einbezogen werden.

LDir Dr. Schöning empfiehlt, die Meinung des Innen- und Rechtsausschusses in die weiteren Beratungen mit einzubeziehen.

Diese Empfehlung wird vom Europaausschuß aufgenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Kriminalitätsbekämpfung auf europäischer Ebene unter Wahrung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/705
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/734

Nach kurzen Überlegungen zu dem im federführenden Innen- und Rechtsausschuß vorgesehenen Beratungstermin tritt der Ausschuß in die Behandlung des Antrages ein. Für die Vertreter der SPD-Fraktion bestehen keine inhaltlichen Einwendungen gegen den Antrag in Drucksache 14/705. Es solle jedoch nach Meinung von Abg. Saxe in der zweiten Lesung versucht werden, aus der Sicht der Europapolitiker durch den Ausschußvorsitzenden Stellung nehmen zu lassen und dabei das Ziel der europäischen Einigung in den Vordergrund zu stellen.

Abg. Geißler macht die Zustimmung seiner Fraktion davon abhängig, daß die Punkte 2.1 bis 2.3 des Ursprungsantrages noch präzisiert werden, wie es in der ersten Lesung von seiner Fraktion vorgetragen worden sei und wie es im Änderungsantrag seiner Fraktion in Drucksache 14/734 formuliert werde.

Abg. Matthiessen drängt auf eine baldige Verabschiedung des Antrages im Landtag vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Auffassung in Bundesrat und Bundestag. Er gesteht zu, daß die Punkte 2.1 bis 2.3 noch zu präzisieren seien, will dies jedoch dem federführenden Innen- und Rechtsausschuß überlassen. Um eine möglichst große Mehrheit für diesen Antrag zu bekommen, hält er eine Erweiterung des Antrages mit den Änderungsvorschlägen aus dem CDU-Antrag als neuem zusätzlichen Punkt 3 für vertretbar.

Beschluß:

Einstimmig schlägt der Ausschuß vor, die Änderungsvorschläge der Fraktion der CDU aus dem Änderungsantrag Drucksache 14/734 als einen neuen Punkt 3 in den Ursprungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/705, aufzunehmen und den so geänderten Antrag anzunehmen mit der Maßgabe, daß durch die Antragsteller eine Präzisierung der im Ursprungsantrag formulierten Punkte 2.1 bis 2.3 im Sinne der bereits in der ersten Lesung vorgetragenen Präzisierungswünsche erfolgt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende trägt kurz die Modalitäten zum Besuch des Hanse-Büros in Brüssel vor, und geht anschließend kurz darauf ein, daß die zahlreichen Absagen zur Reise aus dem Ausschuß nicht zu vertreten seien. Dies müsse in einer späteren Sitzung thematisiert werden.

Es wird Einverständnis erzielt, daß es sich um eine Ausschußsitzung handelt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:00 Uhr.

gez. Uwe Döring
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß
Geschäfts- und Protokollführerin